

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Landwirtschaftliche Zielformulierungen nicht realistisch

Die im letzten Jahr von Finanzminister Yuba Raj Khatiwada formulierten Ziele, Nepals landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, dass das Land in zwei Jahren autonom sei, hat sich bereits jetzt als unrealistisch und zu hoch gegriffen erwiesen. Es sollten genug Lebensmittel für den Eigenbedarf produziert und die Produktion innerhalb von zwei weiteren Jahren verdoppelt werden. In den vergangenen Jahren hat Nepal jährlich Reis im Wert von 25 Milliarden Rupien importiert (knapp 200 Millionen Euro). Informierte Beobachter bemängeln dabei die insgesamt geringe Aktivität der Regierung, um die Armut im Land zu mindern, das steigende Handelsdefizit bei landwirtschaftlichen Gütern einzudämmen und Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft zu schaffen. Auch die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen der neu geschaffenen, föderalen Staatsstruktur kommt nicht voran. Zwar soll das Budget für das Modernisierungsprogramm, ein Vorzeigeprojekt der jetzigen Regierung, im nächsten Haushaltsjahr um 70 Prozent auf dann rund acht Milliarden Rupien erhöht werden (rund 64 Millionen Euro). In den Provinzen fehlen jedoch oftmals landwirtschaftliche Expert(inn)en und das technische Knowhow, um die Bauern und Bäuerinnen bei der Steigerung der Produktion praktisch unterstützen zu können. Außerdem fehlen in vielen ländlichen Gebieten wegen der Abwanderung junger Menschen die Arbeitskräfte. Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion setzt außerdem hohe Investitionen etwa in die Bewässerung voraus. Dazu kommt, dass die Pläne auf verschiedenen administrativen Ebenen nicht aufeinander abgestimmt sind. Mit einer solchen Dynamik lassen sich die selbstgesteckten Ziele wohl nicht erreichen. Immerhin wird wegen günstiger Monsunregen ein fünfprozentiger Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion prognostiziert.

Gesetzgebung für Kooperativen soll überarbeitet werden

Die Regierung hat angekündigt, die nationalen Richtlinien für Genossenschaften zu überarbei-

ten. Dies soll in Übereinstimmung mit der 2017 verabschiedeten gesetzlichen Verordnung, dem *Cooperative Act 2074* und den darin enthaltenen Regulierungen, geschehen. Zu diesem Zweck hat der Nationale Ausschuss zur Entwicklung von Kooperativen (*National Cooperative Development Board*) mit den betreffenden Verbänden und Interessensvertreter(inne)n Konsultationen begonnen mit dem Ziel, die geltenden Richtlinien von 2012 zu verbessern. Als erster Schritt in diesem Konsultationsprozess fand in Anwesenheit des Ministers für Armutsminderung, Padhma Kumari Aryal, eine Konferenz in Biratnagar, dem administrativen Zentrum der Provinz 1 statt, um das Feedback von Interessensvertreter(inne)n und Beteiligten einzuholen.

Neues Personal für Provinzen und lokale Regierungen

In Übereinstimmung mit Empfehlungen der Zentralregierung hat die Kommission für föderale Öffentliche Dienste (FPSC) einen Plan vorgestellt, der die Einstellung von 9161 Verwaltungsbeamten unter anderem für 515 lokale Regierungen vorsieht. Die von der FPSC geplanten Neueinstellungen sollen in folgenden Bereichen und Funktionen erfolgen: 9 im Bereich Wirtschaftsplanung und Statistik, 3638 im Bereich Ingenieursdienstleistungen, 10 im Gerichtswesen, 4097 für Verwaltungsaufgaben, 805 im Bildungsbereich. Weitere 602 Stellen sind für sogenannte Andere Aufgaben vorgesehen. Eigentlich ist die FPSC nur für Einstellungen auf der zentralen Regierungsebene zuständig. Da jedoch entsprechende Kommissionen auf Provinzebene, *Provincial Service Commissions*, noch nicht existieren, wurde vorübergehend die FPSC damit beauftragt, die Rekrutierung der dringend benötigten Verwaltungsbeamten in Übereinstimmung mit dem *Civil Servant Adjustment Act* kommissarisch vorzunehmen.

Die Veränderung der Staatsstruktur Nepals hin zu einem föderalen System geht mit großen administrativen Anpassungen und Umstrukturierungen einher. Die prozentuale Verteilung der neuen Stellen ist wie folgt: 35 Prozent wurden der Zentralebene zugewiesen, 16 Prozent der Provinz- und 49 Prozent der lokalen Ebene. Der größte Mangel an

qualifiziertem Personal besteht nach wie vor auf lokaler und auf Provinzebene. Insgesamt führt die Personalanpassung zu folgenden Stellenzahlen: in der Zentralregierung 40.409 Verwaltungsbeamte und -beamtinnen, 14.659 in den sieben Provinzen und 31.043 auf lokaler Verwaltungsebene. Nach Angaben des Ministeriums für föderale Angelegenheiten und Verwaltung (MfFAGA) verfügt die Zentralregierung insgesamt über 84.409 Planstellen, 22.297 auf Provinzebene und 66.908 Stellen für die 753 lokalen Körperschaften.

Steigende Touristenzahlen am Manaslu

Das Manaslu-Naturschutzprojekt MCAP erwartet für 2019 über 8000 Besucher/-innen, die den berühmten Rundtrip um den Berg machen wollen. Im Vorjahr war die Anzahl der ausgegebenen Lizenzen auf 7640 begrenzt gewesen. Die Besucherzahlen waren 2015 infolge des Erdbebens vom April vorübergehend stark auf unter 2000 zurückgegangen. Die Monate März, April, Mai, Oktober und November gelten als die bevorzugten Perioden für den *Manaslu Circuit Trek*. Im März 2019 kamen 959, im April waren es 1159 ausländische Besucher/-innen in der Region Manaslu. Nach dem verheerenden Erdbeben wurde das Manaslu-Gebiet touristisch aufgewertet und hat seitdem einen wahren Nachfrage-Boom ausgelöst. Die Bergpfade sind erweitert und verbessert worden, neue Brücken wurden gebaut und die touristische Infrastruktur insgesamt verbessert. Insgesamt haben zwischen 1993 und 2019 52.589 Trekkingtourist(inn)en die Region besucht. Für Besucher/-innen aus den SAARC-Staaten (südasiatische Staatengruppe) kostet die Lizenz 1.000 Rupien (knapp 8 Euro), für andere Nationalitäten 3.000 Rupien. Die Einnahmen daraus fließen in die Manaslu-Region zurück.

Neue Trekkingrouten in der Annapurna-Region

Anfang Juni haben die Arbeiten an einem neuen Verbindungsweg zum Basecamp der Annapurna-Region begonnen. Diese Arbeiten werden gemeinsam von der ländlichen Annapurna-Kommune und dem Tourismusministerium (DoT) durchgeführt, um für Trekkingtouristen den Zugang zum Annapurna-Basecamp zu verbessern. Das DoT hat dafür im laufenden Haushaltsjahr 2 Millionen Rupien (knapp 16.000 Euro) bereitgestellt, die Kommune stellt weitere 300.000 Rupien (2400 Euro) zur Verfügung. Der Verbindungsweg soll ausgebaut und abgesichert

werden. Etwa 15 Kilometer der Strecke von Humkhola zum Basecamp werden von einem Provisorium zu einem gut begeharen Trekkingpfad ausgebaut und an manchen Stellen mit Stufen versehen. Zur Durchführung der dafür notwendigen Bauarbeiten wurden 29 Arbeiter eingestellt.

Digitales Parken in Kathmandu

Die Stadtverwaltung von *Kathmandu Metropolitan City* (KMC) hat an vier Plätzen in der Stadt probeweise digitale Parksysteme eingeführt. Am 31. Mai begann die erste Testphase in Durbar Marg, Pako, Khichapokhari und Bishalbazaar. Digitale Anzeigetafeln wurden installiert, auf denen Informationen über die Verfügbarkeit von Parkplätzen für Motorräder und Autos angezeigt werden. Fahrer können sich im Voraus mithilfe einer App auf ihrem Smartphone über die Verfügbarkeit von Parkplätzen informieren, indem sie „PARK-KTH“ eingeben und/oder mithilfe einer Textnachricht einen Parkplatz reservieren, noch bevor der Parkplatz erreicht wird. Daraufhin wird eine kostenlose Telefonnummer gesendet, über die eine Reservierung vorgenommen werden kann. Ein Parkplatz für Motorräder kostet 25 Rupien (20 Cent) pro Stunde, für Autos werden 80 bis 85 Rupien veranschlagt.

Wiederaufbau nach Tornado

Fast zwei Monate nach dem Tornado am 31. März, der schwere Schäden in zwei Distrikten in Zentral-Terai verursachte (Bara und Parsa) und zahlreiche Tote, Verletzte und Obdachlose zur Folge hatte, haben Anfang Juni erste Wiederaufbaumaßnahmen begonnen. Gleich nach der Katastrophe hatte die Regierung Hilfsleistungen zugesagt und der Nepalische Armee (NA) 846,8 Millionen Rupien (6,7 Millionen Euro) bereitgestellt, um 1453 betroffene Häuser vor dem Beginn der Monsunregen wiederaufzubauen. Der Nothilfe-Fonds der Regierung der Provinz 2 sammelte 40 Millionen Rupien (knapp 320.000 Euro) ein und versprach einmalige Hilfszahlungen in Höhe von 300.000 Rupien an alle Familien (2400 Euro), die tote Angehörige zu beklagen haben. Die Armee hat inzwischen mit den Bauarbeiten begonnen. Diese sollen in drei Phasen durchgeführt und Mitte August abgeschlossen werden. Unmut und Kritik regt sich bei zahlreichen betroffenen Familien mit vollständig zerstörten Häusern, die von der Liste der Begünstigten gestrichen wurden. Außerdem seien die Grenzen von „teilweise“ und „gänzlich“ zerstört nicht eindeutig definiert.

Zahlreiche Tote bei Unfällen im Straßenverkehr

Aus einer Mitte Mai von der nepalischen Polizei veröffentlichten Statistik geht hervor, dass landesweit in den letzten fünf Jahren 11.005 Menschen bei 48.981 Verkehrsunfällen ums Leben kamen. Weitere 19.877 Menschen wurden dabei schwer verletzt. Außerdem verzeichnet die Statistik in jedem der fünf Jahre einen Anstieg der Häufigkeit von Verkehrsunfällen um 28 Prozent. Experten führen die hohe Unfallhäufigkeit auf die schlechte Planung und unzureichende Instandhaltung der Straßen zurück. Allein in den ersten acht Monaten des laufenden Haushaltsjahres wurden 8680 Unfälle im Straßenverkehr notiert.

Pestizide in Obst und Gemüse

Das Zentrallabor für Landwirtschaft hat angekündigt, die Tests von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände wieder aufzunehmen. Diese waren wegen fehlender Testausrüstung und Personal mangels monatelang ausgesetzt worden. „Wir haben inzwischen die notwendige Testausrüstung gekauft und sind nun wieder in der Lage, die Untersuchungen durchzuführen“, erklärte Rajiv Das Rajbhandari, Sprecher des Zentrallabors, gegenüber der Presse. Inzwischen wurden Testbausätze in die Labors der Provinz 3 in Kalimati und Provinz 2 in Sarlahi verschickt. Insgesamt gibt es landesweit in allen Provinzen, außer in Provinz 6, sieben Labors, die solche *Bioassay*-Schnelltests durchführen können. Alle hatten die Tests vorübergehend einstellen oder reduzieren müssen, da die dafür notwendige Laborausrüstung gefehlt hatte. Ärzte haben immer wieder auf die hohen Gesundheitsrisiken hingewiesen, die mit einem Langzeitkonsum von pestizidbelastetem Obst und Gemüse einhergehen – darunter Nierenversagen, Herz- und Lungenerkrankungen, mentale Probleme und Krebs. In der Vergangenheit hatten Untersuchungen immer wieder hohe Pestizidbelastungen in zahlreichen lokal produzierten Lebensmitteln nachgewiesen. Pestizide werden in der nepalischen Landwirtschaft häufig und nahezu unkontrolliert gegen schädliche Insekten, Pilzbefall, Unkraut und bei anderen Pflanzenerkrankungen eingesetzt. Jährlich werden mehr als 635 Tonnen von 170 verschiedenen Pestizidarten nach Nepal eingeführt, erklärte Manoj Pokhrel, Leiter des Direktorats für Pflanzenschutz im Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht dazu.

Neue Richtlinien zum Umgang mit internationalen Nichtregierungsorganisationen

Die Regierung hat neue Richtlinien zum Umgang mit internationalen NROs verabschiedet, die deren Möglichkeiten, religiöse oder politische Institutionen finanziell zu unterstützen, stark einschränken. Dieser Schritt wurde durch Beschwerden veranlasst, wonach ausländische NROs in Aktivitäten zur religiösen Bekehrung verwickelt seien. Auch seien Politiker und Parlamentarier von solchen Organisationen zu Auslandsreisen eingeladen worden. Die neue Richtlinie für Entwicklungszusammenarbeit (*Development Cooperation Policy*) beinhaltet, dass internationale NROs finanzielle Mittel und Ressourcen nur noch für die Durchführung von Entwicklungsprojekten, nicht aber zur Förderung religiöser oder politischer Projekte und Institutionen einsetzen dürfen. Diese Einschränkung gab es in den früheren Richtlinien so nicht. Vor allem religiöses Engagement, Missionierung und Bekehrungen werden von Hindu-Organisationen stark kritisiert. „Die Entscheidung zum Erlass der neuen Richtlinien wurde getroffen, um die religiöse Harmonie im Land zu schützen“, erklärte ein hohes Regierungsmitglied dazu. Sie richtet sich auch gegen den wachsenden Einfluss christlicher Kirchen und Organisationen in Nepal.

Bombenanschläge in Kathmandu

Ende Mai konnten über acht Millionen Schüler nicht am Unterricht teilnehmen, da eine radikale maoistische Splittergruppe einen landesweiten Generalstreik ausgerufen hatte, der das öffentliche Leben lahmlegte. Der Streik war von der von Netra Bikram Chand geführten und im Untergrund agierenden maoistischen Gruppierung ausgerufen worden, nachdem einer ihrer Kader bei einer Polizeiaktion erschossen worden war. Diese Gruppierung hatte in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach mit Bombenanschlägen und anderen terroristischen Aktivitäten auf sich aufmerksam gemacht. Wenige Tage vor dem Streik waren bei einer Serie von Explosionen selbstgebaute Bomben vier Menschen getötet worden. Wie das Bildungsministerium (MoEST) bekannt gab, waren an staatlichen Schulen 7,39 Millionen Schüler der Klassenstufen 1 bis 12 in 35.601 Schulen, 27.833 Gemeinden und 6566 Privatschulen betroffen. Auch sämtliche anderen privaten Bildungseinrichtungen blieben geschlossen, wodurch einer weiteren Million Schüler(inne)n und Student(inn)en ihr Recht auf Bildung versagt blieb.